

P r o t o k o l l
über die öffentliche Sitzung
des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport
der Stadt Georgsmarienhütte vom 18.03.2021
als Videokonferenz über die Software "ZOOM", sh. Dokument Bekanntmachung

Anwesend:

Vorsitz

Krüger, Sebastian

Mitglieder

Olbricht, Jutta

Ahmed, Malik Waseem

Averdiek, Andre

Dierker, Heinz

Ferié, Friedrich, Dr.

Funke, Petra

Kleinheider, Marius

Ruthemeyer, Christoph

Vertretung für Frau Knappheide

Ruthemeyer, Sarah

Spreckelmeyer, Margit

Springmeier, Wolfgang

Symanzik, Julian

Schmechel, Peter

Verwaltung

Happe, Cordula

Leiterin FB III

Schnalle, Verena

Leiterin Fachbereich II

Dreier, Michael

Abteilungsleiter Bildung und Sport

Hornstein, Anton

Abteilungsleiter Zentrales Gebäudemanagement

Von der Heide, Alexander

Abteilungsleiter Soziales und Jugend

Otten, Niklas

Rats- und Öffentlichkeitsarbeit

Möllenkamp, Martina

Jugendpflegerin

Kämmer, Astrid

Abteilung für Kultur und Stadtmarketing

Protokollführung

Geier, Jana

Willebrand, Nadja

Fehlende Mitglieder

Knappheide, Christine

vertreten durch Herrn Ruthemeyer

Hinzugewählte

Keiser-Scheer, Maria

Reinhardt, Mark

Fehlende Hinzugewählte

Braun, Sebastian

Wickel, Ulrike

Beginn: 19:00 Uhr

Ende: 22:21 Uhr

Tagesordnung

TOP	Betreff
1.	Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung
2.	Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/06/2020 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 19.11.2020.
3.	Wichtige Mitteilungen der Verwaltung
3.1.	Arbeitskreis Finanzierung Kindertagesstätten
3.2.	Neubau Krippenhaus Kloster Oesede
3.3.	Wasserschaden Kindertagesstätte St. Marien, Oesede
3.4.	Förderung des beschleunigten Infrastrukturausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder
3.5.	Mensch-Roboter-Kollaboration – Robonatives Technologielabor
3.6.	Sportförderung 2020
3.7.	Prüfung von Zuschüssen
4.	Caritas Jahresbericht 2020 - mündlicher Bericht
5.	Konzept zur Gründung eines Jugendparlaments Vorlage: BV/048/2021
6.	Förderung der Jugendarbeit in den Sommerferien 2021 Vorlage: BV/029/2021
7.	Antrag der Kindertagesstätte St. Maria (Kl. Oesede) auf Ausweitung der Betreuungszeiten für mehrere Gruppen Vorlage: BV/034/2021
8.	Fairtradetown Georgsmarienhütte – Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen Vorlage: BV/013/2021
9.	Sanierung und Erweiterung der denkmalgeschützten Sporthalle Hochstraße „Alte Wanne“ incl. Jugend- und Kulturtreff Vorlage: BV/026/2021
9.1.	Sanierung und Erweiterung der denkmalgeschützten Sporthalle Hochstraße „Alte Wanne“ incl. Jugend- und Kulturtreff Vorlage: BV/026/2021/1

10. Sachstandsbericht Digitalisierung an Schulen
Vorlage: MV/006/2021
11. Ordentliche Besetzung des Vertreters des Stadtelterrates
und des Vertreters des Stadtschülerrates - Antrag der CDU-
Fraktion
12. Schaffung von einem Fahrradunterstand an der Antonius-
Grundschule in Holzhausen - Antrag der CDU
13. Nutzung der Sportanlage in den Sommerferien 2021 -
Antrag der CDU
14. Beantwortung von Anfragen
15. Anfragen

**1. Eröffnung, Begrüßung, Feststellung der
Ordnungsmäßigkeit der Ladung, der Anwesenheit, der
Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung**

Der Ausschussvorsitzende Herr Krüger eröffnet die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport und begrüßt die Anwesenden. Er stellt die Ordnungsmäßigkeit der Ladung, die Anwesenheit und die Beschlussfähigkeit fest.

Zur Tagesordnung vom 04.03.2021 liegen drei Eilanträge der CDU-Fraktion vor. Herr Krüger bittet um kurze Erläuterung der Anträge, insbesondere der Eilbedürftigkeit, und um Abstimmung über die Aufnahme auf die Tagesordnung:

Ordentliche Besetzung des Vertreters des Stadtelterrates und des Vertreters des Stadtschülerrates

Ausschussmitglied Herr Averdick führt aus, dass die vakanten Posten schnellstmöglich besetzt werden sollen.

Die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 11 wird mit 12 Ja-Stimmen und 1-Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Schaffung von einem Fahrradunterstand an der Antonius-Grundschule in Holzhausen

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer erklärt, dass die Elternvorstände der Antoniusschule über die jetzige Situation informiert haben. Die Fahrradständer liegen sehr ungünstig. Die Verwaltung soll prüfen, an welcher Stelle stattdessen ein Fahrradunterstand gebaut werden könnte.

Die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 12 wird mit 12 Ja-Stimmen und 1-Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Nutzung der Sportanlage in den Sommerferien 2021

Ausschussmitglied Herr Averdick erläutert, dass analog zur Verfahrensweise im letzten Jahr ein Konzept zur Nutzung der Sporthallen, Rasenplätze und Kunstrasenplätze während der Sommerferien erarbeitet werden soll.

Die Aufnahme auf die Tagesordnung unter TOP 13 wird mit 11 Ja-Stimmen und 1-Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung mehrheitlich beschlossen.

Die Tagesordnung wird mit den beschlossenen Änderungen einstimmig festgestellt.

Entsprechend § 9 der Geschäftsordnung des Rates fragt der Vorsitzende an die anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner gerichtet, ob jemand zu einem Tagesordnungspunkt gehört werden möchte. Das ist nicht der Fall.

2. Genehmigung des Protokolls Nr. FB III/06/2020 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 19.11.2020.

Zu Form und Inhalt des Protokolls werden keine Anmerkungen vorgetragen.

Folgender Beschluss wird einstimmig gefasst:

Das Protokoll Nr. FB III/06/2020 über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Kultur, Schule, Soziales, Jugend und Sport am 19.11.2020 wird genehmigt.

3. Wichtige Mitteilungen der Verwaltung

3.1. Arbeitskreis Finanzierung Kindertagesstätten

Am gestrigen Mittwoch hat der Arbeitskreis getagt und den Rahmendefizitvertrag über die Trägerschaft und den Betrieb von Kindertagesstätten in Georgsmarienhütte mit den Trägervertretern und den Vertretern der Trägerorganisationen einvernehmlich abgestimmt. Dem Rat wird zu seiner Sitzung am 25.03.2021 empfohlen, diesen Vertrag den katholischen Kirchengemeinden rückwirkend zum 01.01.2021 zum Abschluss anzubieten.

3.2. Neubau Krippenhaus Kloster Oesede

Mit Zuwendungsbescheid vom 10.03.2021, bei der Stadt eingegangen am 12.03.2021, hat das Regionale Landesamt für Schule und Bildung Hannover der Stadt Georgsmarienhütte eine Zuwendung in Höhe von 540.000 € für die Schaffung von 45 Krippenplätzen bewilligt.

Die Maßnahme ist im Bewilligungszeitraum vom 01.07.2016 bis zum 30.06.2022 durchzuführen. Der Verwendungsnachweis ist bis zum 30.09.2022 vorzulegen. Die Betriebserlaubnis und die bauaufsichtlichen Genehmigungen müssen bis zum 30.09.2022 vorliegen.

3.3. Wasserschaden Kindertagesstätte St. Marien, Oesede

Bedingt durch einen Wasserschaden können die Gruppenräume der drei Kindergartengruppen im Neubau der Kindertagesstätte St. Marien seit Anfang 2021 bis auf Weiteres nicht genutzt werden. Die Kindergartengruppen sind auf andere kirchliche Räumlichkeiten ausgewichen.

Am 03.03.2021 haben Vertreter der Kirchengemeinde und des BGV die Verwaltung über das Schadensausmaß und den Sachstand informiert. Ein externes Architekturbüro wurde beauftragt, die Handlungsbedarfe zur Schadensbeseitigung zu erfassen, die Umsetzung zu planen und eine Kostenschätzung vorzulegen. Hierbei sollen auch weitere bauliche Handlungsbedarfe betrachtet werden, die in diesem Zusammenhang aus zeitlichen und wirtschaftlichen Gründen umgesetzt werden sollten.

Das weitere Verfahren wird zwischen Kirchengemeinde, BGV und Stadt weiter abgestimmt, wenn die fachliche Stellungnahme mit Kostenschätzung vorliegt.

3.4. Förderung des beschleunigten Infrastrukturausbaus der Ganztagsbetreuung für Grundschul Kinder

Mit Runderlass vom 20.01.2021 hat das Land Niedersachsen Fördermittel für Investitionen in den Ausbau der Ganztagsbetreuung an Grundschulen zur Verfügung gestellt. Mit Antragsschluss am 01.03.2021 konnten Zuwendungen von bis zu 65% für Investitionen in Räumlichkeiten und Ausstattungen beantragt werden. Nach Interessensabfrage bei den Grundschulen hat die Stadt Georgsmarienhütte für die Grundschule am Harderberg, die Freiherr-vom-Stein-Schule, die Regenbogenschule und die Michaelisschule Anträge im Gesamtvolumen von rund 65.000 €, das entspricht einer Fördersumme von 41.000 € für Ausstattung (Möbiliar und Spielgeräte), gestellt. Vereinbarungsgemäß wird der jeweilige Eigenanteil von den Schulen aus dem Schulbudget getragen. Die Anträge befinden sich derzeit in der Prüfung durch das Regionale Landesamt für Schule und Bildung. Eine Bewilligung bleibt abzuwarten.

3.5. Mensch-Roboter-Kollaboration – Robonatives Technologielabor

Mit Schreiben vom 08.02.2021 teilt die für die Bewilligung von Fördermitteln zuständige Landesinitiative N-21: Schulen in Niedersachsen online e.V. mit, dass die Realschule auf ihren Antrag vom 10.12.2020 für die Beschaffung einer Ausstattung mit Schulungsrobotern eine Zuwendung von 49.500 € erhält. Entsprechend dem Beschluss des Rates trägt die Stadt Georgsmarienhütte als Schulträger die Gesamtkosten des Projektes mit rund 55.000 €. Den Eigenanteil nach Abzug der Landesförderung übernimmt die Realschule aus ihrem Schulbudget.

Das Beschaffungsverfahren wird derzeit durchgeführt. Zielmarke für die Inbetriebnahme des Technologielabors an der Realschule ist der Beginn des nächsten Schuljahres.

3.6. Sportförderung 2020

Die Anträge der zweiten Jahreshälfte wurden bis zum 31.12.2020 gesammelt. Das Antragsvolumen beläuft sich auf **160.730,83 €**. Insgesamt stehen 180.000,00 € für die Sportförderung zur Verfügung. Demnach liegt eine Minderausgabe in Höhe von 19.269,17 € vor. Diese Minderausgabe resultiert insbesondere aus den Einschränkungen des Sportbetriebs durch die COVID-19 Pandemie.

3.7. Prüfung von Zuschüssen

Das Rechnungsprüfungsamt hat die Gewährung von Zuschüssen im Rahmen des Familienpasses und des Hüttenpasses begutachtet. Das RPA hat dem Fachbereich III ein rechtlich und sachlich einwandfreies Bearbeiten der Anträge bescheinigt und bestätigt, dass die städtischen Mittel im Rahmen des Familien- und Hüttenpasses ordnungsgemäß verwaltet und gewissenhaft entsprechend der vorliegenden Richtlinien eingesetzt werden.

4. Caritas Jahresbericht 2020 - mündlicher Bericht

Frau Meyer und Frau Wilmes vom Caritasverband für die Stadt und den Landkreis Osnabrück e.V., stellen anhand einer PowerPoint Präsentation den Jahresrückblick 2020 und den Ausblick 2021 der offenen Jugendarbeit in der Stadt Georgsmarienhütte vor. Die Präsentation wird dem Protokoll als Anlage beigefügt und ins Ratsinformationssystem eingestellt.

5. Konzept zur Gründung eines Jugendparlaments

Vorlage: BV/048/2021

Die städtische Jugendpflegerin Frau Möllenkamp stellt kurz die Beschlussvorlage vor. Das Konzept soll einen Rahmen bilden, der den Jugendlichen Freiraum für eigene Ideen lässt. Die Jugendlichen sollen von Anfang an in den Aufbau des Jugendparlaments einbezogen werden. Wichtig ist, dass die Wünsche und Ideen sowie die erarbeiteten Lösungen des Jugendparlaments auch ernstgenommen werden. Die Unterstützung aus dem Rat, den Schulen und Vereinen sowie der Verwaltung ist wichtig.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer bedankt sich für das gute Konzept. Jetzt sei das schnelle Zusammenkommen der Jugendlichen wichtig, um das Ganze auch umzusetzen. Wenn möglich, sollte das aktuelle Wahljahr in die Arbeit miteinbezogen und frühzeitig in die Schulen gegangen werden.

Frau Möllenkamp erklärt, dass die Präsenz vor Ort ein wesentlicher Bestandteil des Konzepts ist, da die digitale Arbeit allein nicht ausreicht. Der persönliche Kontakt vor Ort ist unersetzlich.

Auch Ausschussmitglied Herr Averdiek hält das Konzept für gut. Er äußert Bedenken, da die Motivation für ein Jugendparlament nicht von den Jugendlichen selbst ausgeht. Auch hält er die aufgeführten Kosten für zu hoch. Eine Anzeige im Blickpunkt und eine Veranstaltung im Rathaus sollten ausreichen um ein etwaiges Interesse bei den Jugendlichen festzustellen. Die eingeplanten Kosten für z. B. Porto, Flyer oder die Begleitung durch die Verwaltung stünden in keinem Verhältnis zum Ergebnis.

Frau Möllenkamp weist darauf hin, dass mit dem Einrichten einer Homepage und einer Präsenz in den sozialen Netzwerken zwangsläufig Kosten verbunden sind. Auch die Wahlen zum Jugendparlament werden immer Kosten verursachen, da die Wahlbenachrichtigungen per Post verschickt werden. Werbung wie eine Anzeige im Blickpunkt oder Ortseingangstafeln ist ergänzend vorgesehen, wird aber primär Eltern ansprechen.

Für Ausschussmitglied Frau Olbricht ist es wichtig, dass die Jugendlichen Wertschätzung erfahren. Dies könne durch ein persönliches Anschreiben am besten erzielt werden. Die Wahl zum Jugendparlament ist zwangsläufig mit Kosten verbunden. Die Folgekosten dürften allerdings niedriger ausfallen. Auch muss das Jugendparlament arbeitsfähig sein und daher entsprechende Mittel zur Verfügung gestellt bekommen. Die Jugendlichen sollen auf den Weg gebracht werden, selbst Verantwortung zu übernehmen.

Ausschussmitglied Herr Kleinheider erinnert daran, dass über die Einrichtung eines Jugendparlaments bereits abgestimmt wurde und es nunmehr um die dafür erforderliche Arbeit ginge. Die Kosten sind seiner Meinung nach nicht zu hoch, um das Interesse der Jugendlichen an politischer Arbeit zu wecken. Sollte sich herausstellen, dass die geplanten Aktionen nicht wirken, müsste das Ganze abgebrochen werden.

Ausschussmitglied Herr Symanzik bezweifelt, dass Jugendliche mit einer Anzeige im Blickpunkt erreicht werden können. Was die Kosten der Verwaltung angeht erinnert er daran, dass bei den Sitzungen des Fachausschusses III auch Verwaltungsmitarbeiter eingebunden sind. Gleiches sollte für ein Jugendparlament möglich sein.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer erkundigt sich, ob die Mitglieder des Stadtjugendrings angesprochen wurden. Es wäre wünschenswert, wenn die Initiative für ein Jugendparlament von den Jugendlichen selbst ausginge.

Frau Möllenkamp erläutert, dass der Stadtjugending seine letzte Sitzung im Sommer 2020 hatte und derzeit aufgrund der pandemiebedingten Einschränkungen keine Arbeit stattfindet.

Die Jugendlichen sollen über Vereine, Schulen und den Stadtjugendring angesprochen werden. Grundsätzlich ist ein Jugendparlament aber thematisch breiter aufgestellt als der Stadtjugendring, in dem es hauptsächlich um Fördermöglichkeiten für Vereine geht.

Lehrervertreter Herr Reinhardt hält es für unabdingbar, dass der Wunsch nach einem Jugendparlament von den Jugendlichen ausgeht. Er begrüßt die Idee, in den Schulen Werbung dafür zu machen.

Ausschussmitglied Herr Dr. Ferié stimmt Herrn Reinhardt zu. Um ausreichend Werbung für das Jugendparlament zu machen, wird eine gewisse Vorlaufzeit benötigt was durch die Pandemie erschwert wird.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wurde mehrheitlich mit 9 Ja-Stimmen und 1 Nein-Stimme bei 3 Enthaltungen gefasst:

Das anliegende Konzept für die Gründung und Einrichtung eines Jugendparlaments wird umgesetzt, wenn und soweit es die Verordnungen zur Eindämmung der Corona-Pandemie zulassen.

**6. Förderung der Jugendarbeit in den Sommerferien 2021
Vorlage: BV/029/2021**

Nach kurzer Vorstellung der Beschlussvorlage durch die städtische Jugendpflegerin Frau Möllenkamp eröffnet der Ausschussvorsitzende Herr Krüger die Aussprache.

Ausschussmitglied Frau Olbricht bezieht sich auf die festgelegte Mindestdauer von 4 Stunden und fragt nach, ob von den Veranstaltern der Wunsch geäußert wurde, die Mindestdauer herabzusetzen.

Frau Möllenkamp erklärt, dass es im letzten Jahr den Hinweis der evangelischen Kirche gab, dass auch zweistündige Workshops durchgeführt werden. Diese wurden nicht gefördert. Frau Olbricht spricht sich daraufhin für eine flexiblere Gestaltung der Förderung aus.

Ausschussmitglied Herr Averdiek spricht sich ebenfalls für die Förderung kürzerer Veranstaltungen aus. Außerdem sollten Kurse gefördert werden, die außerhalb von Georgsmarienhütte stattfinden, wenn Teilnehmer aus Georgsmarienhütte kommen.

Auch die Ausschussmitglieder Frau Spreckelmeyer und Herr Ahmed setzen sich für die Zeit der Pandemie für eine flexiblere Handhabung der Förderung ein, um so das große Engagement der Jugendlichen und Gruppenleiter zu würdigen.

Frau Möllenkamp weist darauf hin, dass Kurse zum Erhalt der Jugendleiter*in Card (JuLeiCa), die nicht von einem Georgsmarienhütter Träger durchgeführt werden, förderfähig sind, wenn mindestens fünf Teilnehmer aus Georgsmarienhütte stammen. Herr Averdiek gibt zu bedenken, dass die Richtlinien der Veranstalter die Teilnehmer aus einer Kommune oft begrenzen und die Mindestanzahl von 5 daher häufig nicht erreicht werden kann. Er schlägt vor, stattdessen das gesamte Jahr zu betrachten und die Veranstaltungen damit zu bündeln statt einzeln abzurechnen.

Ausschussmitglied Herr Symanzik appelliert, dass Veranstaltungen so lange wie möglich vorgehalten werden sollten. Frühzeitige Absagen aus Angst vor hohen Stornogeühren sollten vermieden werden.

Da keine weiteren Wortmeldungen vorliegen lässt der Ausschussvorsitzende abstimmen. Die Beschlussempfehlung gemäß Vorlage wird einstimmig gefasst.

Ausschussmitglied Frau Olbricht bringt einen Ergänzungsantrag ein. Es sollen Veranstaltungen mit einer Dauer von mindestens 2 Stunden gefördert werden.

Ausschussmitglied Herr Dierker spricht sich für eine Befristung bis zum 31.12.2021 aus.

Herr Von der Heide gibt zu bedenken, dass gemäß Beschlussvorschlag eine Förderung für Veranstaltungen in den Sommerferien 2021 vorgesehen war. Die Befristung bis zum 31.12.2021 hätte daher eine Ausweitung zur Folge.

Ausschussmitglied Herr Dr. Ferié schlägt eine Staffelung des Zuschusses anhand der Länge der Veranstaltung vor, so dass eine zweistündige Veranstaltung z. B. mit 2 € pro Teilnehmer gefördert würde. Herr Averdiek entgegnet, dass dies zu einer unnötigen Verkomplizierung führt und plädiert für eine einheitliche Förderung.

Ausschussmitglied Frau Funke spricht sich ebenfalls für eine einheitliche Förderung ab 2 Stunden aus.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer befürwortet eine Ausweitung auf die gesamten Ferien 2021, so dass Veranstaltungen z. B. in den Herbstferien ebenfalls berücksichtigt werden können.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird einstimmig bei 1 Enthaltung gefasst:

Abweichend von den Richtlinien zur Förderung der Jugendarbeit fördert die Stadt Georgsmarienhütte in den Ferien 2021 Tagesveranstaltungen, die von Vereinen und Verbänden aus Georgsmarienhütte alternativ zu Corona bedingt ausfallenden Fahrten mit Übernachtung angeboten werden und für mindestens 2 Stunden angesetzt sind, mit den nach Richtlinien üblichen Zuschussbeträgen pro Tag und Teilnehmer/in (3 €/ TN bzw. 4,50 €/ GL). Die Anträge müssen spätestens 5 Arbeitstage vor Beginn der jugendpflegerischen Maßnahme bei der Stadt eingegangen sein.

**7. Antrag der Kindertagesstätte St. Maria (KI. Oesede) auf Ausweitung der Betreuungszeiten für mehrere Gruppen
Vorlage: BV/034/2021**

Fachbereichsleiterin Frau Happe erläutert kurz die Vorlage. Das Anmeldeverfahren 2021/2022 ist abgeschlossen und die Zu- bzw. Absagen wurden zum Großteil von den Kindertagesstätten verschickt. St. Maria konnte daher eine vorläufige Belegungsliste vorlegen aus der die erhöhten Betreuungsbedarfe der Eltern hervorgehen. Die Ausweitung des Ganztagsangebots wird seitens der Verwaltung positiv gesehen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig bei 1 Enthaltung gefasst:

Dem Antrag der Kindertagesstätte St. Maria auf

- a) Ausweitung der Betreuungszeit in Gruppe 6 von bislang 10 Plätzen (Kleingruppe am Nachmittag von 13 bis 16 Uhr) auf 25 Plätze von 13 bis 16 Uhr
 - b) Ausweitung der Betreuungszeit in einer Regelgruppe (Gruppe 2) von 07:30 bis 14:00 Uhr
 - c) Ausweitung der Betreuungszeit in der Krippengruppe (Gruppe 5) von 07:30 bis 14:00 Uhr
 - d) Ausweitung der Betreuungszeit einer Regelgruppe (Gruppe 3) von 13:00 auf 14:00 Uhr
- wird stattgegeben.

Die Personalkosten für dieses Angebot werden von der Stadt entsprechend den Richtlinien über die Gewährung von Zuschüssen zu den Personal- und Sachkosten der Kindertagesstätten in der Stadt Georgsmarienhütte gefördert.

**8. Fairtradetown Georgsmarienhütte – Antrag der Fraktion
Bündnis 90/ Die Grünen
Vorlage: BV/013/2021**

Ausschussmitglied Frau Funke stellt kurz den Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vor. Im Anschluss wird Herrn Dr. Heinz Gravenkötter, einem der Initiatoren der Fairtrade-Town-Kampagne in Georgsmarienhütte, das Wort erteilt.

Herr Dr. Gravenkötter berichtet, dass es seitens der Initiative intensive Auseinandersetzungen mit dem Thema Fairtrade gegeben hat. Mit den Verantwortlichen in der Zentrale der Fairtrade-Town-Kampagne in Köln gab es im Dezember 2017 ein Gespräch, in dem alle Fragen und Problembereiche geklärt werden konnten, so dass seitdem keine Bedenken mehr bestanden, an dem Projekt teilzunehmen. Herr Dr. Gravenkötter hatte auf einer Urlaubsreise darüber hinaus die Gelegenheit, sich bei zwei Kaffeegenossenschaften selbst ein Bild zu machen. Die Erlöse aus den Verkäufen von Fairtrade-Produkten finanzieren soziale Projekte vor Ort, d. h. der Mehrpreis kommt den Erzeugern zu Gute. Er hält die Kampagne daher unbedingt für unterstützenswert. Für weitere, ausführlichere Erläuterungen steht er gern zur Verfügung.

Frau Funke bedankt sich bei Herrn Dr. Gravenkötter und den anderen Initiatoren für ihre Bemühungen. Der Ausschussvorsitzende lässt abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

1. Der Rat der Stadt Georgsmarienhütte beschließt, an der Kampagne Fairtrade-Towns teilzunehmen und die Auszeichnung als Fairtrade-Town anzustreben. Hierzu sollen die fünf Kriterien der Fairtrade-Towns Kampagne erfüllt werden.
2. Bei den Sitzungen des Rates und der Ausschüsse sowie im Büro der Bürgermeisterin werden Fairtrade Kaffee und mindestens ein weiteres Produkt aus fairem Handel ausgeschenkt.
3. Die Bürgermeisterin wird beauftragt, eine Person der Verwaltung in die lokale Steuerungsgruppe zu delegieren und den Initiativkreis zu bitten, zu dessen Konstituierung einzuladen.
4. Die Entscheidung ist auf den üblichen Kommunikationswegen der Stadt bekannt zu machen.

**9. und Sanierung und Erweiterung der denkmalgeschützten
9.1 Sporthalle Hochstraße „Alte Wanne“ incl. Jugend- und
Kulturtreff
Vorlage: BV/026/2021 und BV/026/2021/1**

Abteilungsleiter Herr Dreier erläutert den Sachstand bezüglich des Förderantrages zur Sanierung und Erweiterung der Sporthalle Hochstraße „Alte Wanne“ und verweist dabei auf die dazu ergangene Vorlage zur heutigen Ausschusssitzung sowie auf die Vorlage Nr. 26/2021 aus der Verwaltungsausschusssitzung am 24.02.2021.

Zwischenzeitlich hat der Arbeitsreis „Alte Wanne“ mit Vertretern der Verwaltung, Politik und der Nutzer getagt, in dem intensiv über die Planung zur Sanierung und Erweiterung der Turnhalle „Alte Wanne“ diskutiert wurde, die dem Förderantrag zu Grunde liegt.

Einstimmig hat der Arbeitskreis „Alte Wanne“ den zuständigen politischen Gremien empfohlen, die geplante Maßnahme umzusetzen, wenn die beantragten Fördermittel

bewilligt werden. Ergänzend wurden 5 Maßgaben verabschiedet, mit denen dem Förderantrag zugestimmt wird. Die Maßgaben betreffen insbesondere das Raumprogramm des Jugendtreffs, einen Prüfauftrag zur Lage des Fahrstuhls, sowie eine Unisextoilette von außen zugänglich im Anbau.

Ausschussmitglied Frau Olbricht möchte besonders diesem Arbeitskreis danken, in dem mehrfach konträr diskutiert wurde und hofft auf eine baldige Förderung, so dass dieses Projekt endlich an den Start gehen kann.

Lehrervertreter Herr Reinhardt erkundigt sich, ob bei der Planung eine Nutzung für den Schulsport berücksichtigt wurde, oder ob er in Zukunft mit Beeinträchtigungen rechnen müsse.

Abteilungsleiter Anton Hornstein versichert ihm, dass der Schulsport große Berücksichtigung gefunden habe und die Unterbringungsmöglichkeiten für Sportgeräte sowie die Situation der Umkleiden und Duschen sich zum Vorteil für die Schule verändern werden.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer ist ebenfalls froh, dass die Arbeit im Arbeitskreis so gut angelaufen ist und favorisiert z.B., dass der derzeitige Geräteraum zukünftig zum Jugendtreff als Räumlichkeit dazugehört und der Raum im 1. OG des Jugendtreffs für Projekte der Alten Wanne so bleibt wie er ist.

Ausschussmitglied Herr Averdiek ist zufrieden damit, dass das gesetzte Limit von 2.000.000 € eingehalten werden kann und sogar eine qualitative Verbesserung sowie eine finanzielle Entlastung der Stadt erreicht werden kann.

Der Ausschussvorsitzende lässt über den vorliegenden Beschlussvorschlag abstimmen.

Folgende Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Vorbehaltlich einer Förderung aus dem Programm des Landes Niedersachsen „Investitionspakt zur Förderung von Sportstätten“ saniert und erweitert die Stadt Georgsmarienhütte die denkmalgeschützte Sporthalle Hochstraße „Alte Wanne“ incl. des Jugend- und Kulturtreffs in dem gegenüber dem Land Niedersachsen mit Förderantrag vom 30.12.2020 dargelegten Umfang.

Der durch Einnahmen und Fördermittel nicht gedeckte Teil der Ausgaben wird durch Eigenmittel bereitgestellt.

Dem Förderantrag wird mit folgenden Maßgaben zugestimmt:

1. Bei der weiteren Planung des Jugendtreffs „Alte Wanne“ ist der große Raum im 1. OG als Multifunktionsraum für Konzert, Kino, Theater, Disco, Vortrag, Tagung und Sport vorzusehen.
2. Der allgemeine (tägliche) Jugendtreff verbleibt unter zusätzlicher Nutzung des derzeitigen Geräteraumes im Erdgeschoss.
3. Die Nutzungsmöglichkeit des Untergeschosses für den Jugendtreff soll grundsätzlich wiederhergestellt werden.
4. Die endgültige Lage des Fahrstuhls bleibt einer späteren Entscheidung vorbehalten. Dabei soll auch die Möglichkeit eines Fahrstuhls innerhalb des Gebäudes weiter geprüft werden.
5. Im Bereich des Anbaus sollte möglichst eine direkt von außen zugängliche „Unisex-Toilette“ vorgesehen werden.

10. Sachstandsbericht Digitalisierung an Schulen **Vorlage: MV/006/2021**

Abteilungsleiter Herr Dreier erläutert, dass der Sachstandsbericht Digitalisierung aktualisiert wurde und es ihm im Wesentlichen heute um zwei Punkte geht.

In der Michaelisschule und Dröperschule, in der die Verkabelungsarbeiten abgeschlossen sind, können bereits Endgeräte aus dem Digitalpakt angeschafft werden. Es wurden je ein Klassensatz Tablets in Auftrag gegeben. Diese werden voraussichtlich Mitte April geliefert. Die Antoniusschule ist technisch so weit, dass sie im Glasfaser Netz angeschlossen werden kann. In der Regenbogenschule gibt es bis Ende März einen Anschluss über T@school.

Weiter muss die Verteilung der Sondermittel der Stadt diskutiert werden. Wunsch der Schulleitungen ist es, eine faire Verteilung vorzunehmen. Da gibt es aber unterschiedliche Auffassungen, so dass eine Grundsatzentscheidung für die Verhandlungen erforderlich ist. Der Finanzausschuss hatte beschlossen, dass das Geld für die Ausstattung der Computer Räume mit festen PCs eingesetzt werden soll. Die Grundschulen benötigen keine Neuausstattung der Computerräume und haben Bedarf an weiteren Tablets. Daher stellt sich für die Verwaltung die Frage, wie flexibel der Einsatz des Geldes gesehen werden kann.

Die Grundschulen könnten z.B. mit einem Sockelbetrag und nach Anzahl der Schülerzahlen bezuschusst werden. Diese Verteilung würde dem angestrebten Ziel nicht gerecht, da dann die Mittel nicht ausreichen würden, um eine komplette Neuausstattung der Computerräume in den weiterführenden Schulen zu ermöglichen.

Die Realschule und die Sophie-Scholl-Schule begrüßen dagegen einen Austausch der vorhandenen Rechner in ihren Computerräumen. Die Ausstattung der Realschule beispielsweise ist aus dem Jahr 2010 und somit über 10 Jahre alt. Hier ist die Verwaltung der Auffassung, dass die Mittel für den Austausch der Geräte in zwei Computer-Räumen auskömmlich wären. Die Verwaltung möchte wissen, ob die Priorisierung seitens des Ausschusses auf Zustimmung stößt.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer stellt fest, dass weiterhin deutlich wird, dass ein erhöhter Bedarf an Digitalisierung da ist. Ihrer Meinung nach, sollte man sich zunächst auf die Ausstattung der EDV Räume konzentrieren und im nächsten Jahr weitere 120.000 € zur Verfügung stellen, so dass dann alle gut aufgestellt sind.

Für Ausschussmitglied Frau Olbricht ist klar, wenn die Dröperschule und Michaelisschule momentan keinen weiteren Ausstattungsbedarf haben, soll das übrige Geld an die anderen Schulen verteilt werden, bzw. die Realschule vernünftig ausgestattet werden.

Lehrervertreter Herr Reinhardt macht deutlich, dass im Jahr 2010 die IT Ausstattung in den Schulen seitens der Stadt vorgenommen wurde und ihrerseits eine Verpflichtung übernommen hat, diese alle 5 Jahre zu erneuern. Mit einer Sonderbehandlung der Realschule, fühlten sich insbesondere die Schulleitungen der Grundschulen nicht gerecht behandelt.

Abteilungsleiter Herr Dreier erläutert, dass diese Aussage damals nicht Beschluss der politischen Gremien war.

Ausschussmitglied Herr Averdiek ist der Meinung, dass die Grundschulen auf jeden Fall mit einem einheitlichen Standard ausgestattet werden sollten, schon um die Administrationskosten so gering wie möglich zu halten.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer unterbreitet folgenden Vorschlag: Die Vorschläge der Verwaltung seien gut. Die Beratungen sollten zurück in die Fraktionen gehen.

Ausschussmitglied Herr Symanzik erläutert, dass nach seiner Auffassung jede Schule selbst am besten entscheiden kann, für was genau das zugeteilte Geld verwendet werden soll. Den Schulleitungen vor Ort könne das Vertrauen durchaus entgegengebracht werden. Investitionen in die IT in Schulen ist so oder so ein fortlaufender Posten im Haushalt der Stadt. Dieser erste Betrag sollte seiner Meinung nach anhand der Schülerzahlen aufgeteilt werden.

Abteilungsleiter Herr Dreier macht den Vorschlag, bis zur nächsten Sitzung ein weiteres Gespräch mit den Schulleitungen zu führen und den konkreten Bedarf vor Ort in einer Liste zusammenzustellen und dem Ausschuss zur Verfügung zu stellen.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer schlägt vor, Herrn Fulst, vom Netzwerkverein „Schul-IT Region Osnabrück e.V.“, zur nächsten Sitzung einzuladen.

Der Antrag der SPD/FDP-Gruppe wird zurückgestellt und zur Beratung in die Fraktionen gegeben.

11. Ordentliche Besetzung des Vertreters des Stadtelternrates und des Vertreters des Stadtschülerrates - Antrag der CDU-Fraktion

Die CDU Fraktion hatte in einem Antrag vom 12.03.2021 die ordentliche Besetzung des Vertreters des Stadtelternrates und des Vertreters des Stadtschülerrates beantragt. Ausschussmitglied Herr Averdiek führt dazu aus, dass bereits zu Beginn des Schuljahres in den Schulen vor Ort die o.g. Vertretungen gewählt wurden. Für ihn stellt sich die Frage, warum die Verwaltung die Besetzung der Gremien in einer konstituierenden Sitzung nicht hat wählen lassen.

Abteilungsleiter Herr Dreier führt dazu aus, dass es einen aktuellen Elternvertreter als hinzugewähltes Mitglied im Schulausschuss bis zum Ablauf der Wahlperiode gibt, dieser im Ausschuss nur nicht anwesend ist. Eine Einladung zu den entsprechenden Sitzungen habe dieser immer erhalten. Der Schülervertreter im Fachausschuss ist ausgeschieden, eine konstituierende Sitzung des Stadtschülerrates mit einer Wahl zum Schülervertreter im Schulausschuss konnte aber bislang noch nicht erfolgen, da das Gymnasium eine Wahl des Schülerrates noch nicht durchgeführt hat. Außerdem ist die Durchführung einer Präsenzveranstaltung mit einer Wahl in Zeiten der Pandemie nicht so einfach möglich, Wahlen sind aber nur in einer Präsenzveranstaltung zulässig. Die letzte konstituierende Sitzung mit der Wahl zum Stadtelternrat erfolgte im November 2019. Die dort gewählten Vertreter sind, wenn noch nicht ausgeschieden, für 2 Jahre gewählt.

Der Ausschussvorsitzende Herr Krüger hält fest, wenn eine Präsenzveranstaltung mit der dazugehörigen Wahl wieder zulässig ist und in den Schulen vor Ort alle Vertreter gewählt wurden, die Stadt zu einer konstituierenden Sitzung der Gremien einladen wird. Sodann lässt Herr Krüger über den Antrag abstimmen.

Der Antrag der CDU-Fraktion wird mit 5 Ja-Stimmen und 7-Nein-Stimmen bei 2 Enthaltungen mehrheitlich abgelehnt.

12. Schaffung von einem Fahrradunterstand an der Antonius-Grundschule in Holzhausen - Antrag der CDU

Die CDU Fraktion hatte in einem Antrag vom 12.03.2021 die Schaffung eines Fahrradunterstandes an der Antoniuschule Holzhausen beantragt. Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer führt dazu aus, dass die CDU Fraktion den Wunsch der Schüler und Elternschaft der Antoniuschule, eine gute Infrastruktur für die Fahrräder der Grundschüler zu schaffen, unterstützen möchte. Diese seien jetzt in einem schlechten Zustand, nicht überdacht und schlecht einzusehen. Er bittet die Verwaltung zu prüfen, ob kurzfristig Mittel für diese Maßnahme zur Verfügung stehen.

Fachbereichsleiterin Frau Happe erklärt, dass der Wunsch nach einem Fahrradunterstand verständlich sei, es jedoch bis Juni 2021 nicht möglich ist, dem Rat eine Planung und Kostenplanung vorzulegen. Im Dezember 2020 hat der Rat der Stadt Georgsmarienhütte in seinen Haushaltsberatungen das Bauunterhaltungsprogramm verabschiedet und Prioritäten in der Bauunterhaltung gesetzt. Der Maßnahmenkatalog für 2021 ist umfangreich und es stehen keine weiteren Ressourcen im Haushalt 2021 zur Verfügung. Eine Umsetzung ist aus Sicht der Verwaltung in der gewünschten Zeitschiene nicht möglich. Die Thematik gehöre in die Haushaltsberatungen 2022.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer schlägt vor, den Antrag dahingehend zu ändern, den zeitlichen Druck heraus zu nehmen, den Wunsch im Blick zu behalten und die Verwaltung ermitteln zu lassen, wie groß der Aufwand wirklich ist.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer ist mit dem Vorschlag einverstanden und ändert den Antrag dahingehend ab, dass er zu den Haushaltsberatungen 2022 mit auf die Tagesordnung genommen wird.

Ausschussmitglied Herr Symanzik bedankt sich für den Antrag der CDU Fraktion und würde diesen gerne auf alle Schulen und Sportstätten hinsichtlich eines überdachten Fahrradunterstandes erweitern.

Abteilungsleiter Herr Hornstein merkt an, dass es im gesamten Stadtgebiet keinen überdachten Fahrradstand gibt und es an der Antoniuschule einen Bereich vor der Schule gibt, an dem die Kinder ihre Fahrräder abstellen können.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer bleibt bei dem Antrag und möchte diesen im Rahmen der Haushaltsberatungen für 2022 beraten.

Ausschussmitglied Herr Dr. Ferié plädiert dafür, den Antrag zurückzuziehen, da es nach seiner Auffassung kein Thema für das Wahljahr ist.

Ausschussmitglied Herr Symanzik spricht sich für einen Erweiterungsantrag für alle Schulen aus.

Nach Beendigung der Diskussion hält der Ausschussvorsitzende fest, dass der Antrag grundsätzlich bestehen bleibt, auf alle Standorte an Schulen und Sporthallen ausgeweitet wird und in die Haushaltsberatungen 2022 verwiesen wird. Sodann lässt der Ausschussvorsitzende über den geänderten Antrag abstimmen.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird mit 12 Ja-Stimmen und 1-Nein-Stimme bei 1 Enthaltung mehrheitlich gefasst:

1. Eine Einbeziehung von Schule und Sportverein sind dringend erforderlich.

2. Eine Bedarfsanalyse wird dem Rat der Stadt zur Beschlussfassung zum Haushalt 2022 vorgelegt.
3. Es soll in 2022 bzw. 2023 für alle Schulen in Trägerschaft der Stadt Georgsmarienhütte überprüft werden, ob Fahrradunterstände erforderlich sind.

13. Nutzung der Sportanlage in den Sommerferien 2021 - Antrag der CDU

Ausschussmitglied Herr Averdiek erläutert noch einmal kurz den Antrag der CDU-Fraktion.

Ausschussmitglied Herr Kleinheider hält eine Absprache mit den Vereinen wie in 2020 bereits geschehen für unproblematisch. Eine Verschiebung der Renovierungsarbeiten an der Sporthalle Michaelisschule sieht er kritisch, da bewilligte Fördermittel an einen Ausführungszeitraum gebunden sind.

Ausschussmitglied Herr Symanzik erinnert daran, dass die Verwaltung im letzten Jahr bereits auf die mit einer Öffnung aller Sportanlagen verbundenen erhöhten Kosten hingewiesen hatte. Er spricht sich dafür aus, so wie in 2020 zu verfahren, als gemeinsam mit den Vereinen die konkreten Bedarfe festgestellt wurden.

Ausschussmitglied Herr Ruthemeyer weist darauf hin, dass 2020 zur Öffnung der Sportanlagen ein Einzelbeschluss erfolgte und nun das Jahr 2021 betrachtet werden müsse. Es sollte jetzt schon über die Öffnung in den Sommerferien entschieden werden damit die Vereine Planungssicherheit haben. Seiner Meinung nach könnten die Fördermittel auch noch in 2022 abgerufen werden. Die Verwaltung müsse prüfen inwieweit die Baumaßnahmen verschoben werden können.

Fachbereichsleiterin Frau Happe stellt fest, dass es bereits 2020 intensive Diskussionen zur Öffnung der Sportanlagen gegeben hat. Mit den Vereinen wurden Gespräche geführt und alle Anträge auf Nutzung geprüft. Im Ergebnis wurden dann bedarfsgerecht die Sportfreianlagen und zwei Sporthallen geöffnet. Ein Ausweichen auf eine andere als die gewohnte Sporthalle ist zumutbar. Eine analoge Vorgehensweise für die Sommerferien 2021 hält sie für denkbar.

Frau Happe erinnert außerdem an die im Zuge der Haushaltsberatungen festgelegte Prioritätenliste für Baumaßnahmen im Jahr 2021. Der Sanierung der Michaelisschule wurde oberste Priorität eingeräumt. Der Ausführungszeitraum endet 2021, die Fördermittel müssen dann abgerufen sein. In die Vorbereitungen der Maßnahme wurde durch die Verwaltungsmitarbeiter bereits viel Zeit investiert. Sie rät dringend davon ab, die vor nicht einmal drei Monaten beschlossene Prioritätenliste jetzt wieder umzuwerfen.

Herr Hornstein ergänzt, dass der Maßnahmebeginn für die Sanierung der Michaelisschule im letzten Jahr lag und der Ausschreibungsbeginn jetzt geplant ist. Er bittet deshalb darum die Baumaßnahmen in der Sporthalle Michaelisschule nicht zu unterbrechen.

Ausschussmitglied Herr Averdiek betont, dass laut Antrag ein Nutzungskonzept für 2021 erstellt werden soll. Dafür könne aus den Erfahrungen von 2020 geschöpft werden.

Ausschussmitglied Frau Spreckelmeyer spricht sich für eine Fortführung des Konzepts aus 2020 aus. Mit den Vereinen sollte dazu das Gespräch gesucht werden. Die Sanierung der Sporthalle Michaelisschule hat weiterhin oberste Priorität.

Herr Ruthemeyer schlägt daraufhin vor, den Passus zur Michaelisschule aus dem Antrag zu streichen. Ob das Konzept aus 2020 fortgeführt werden kann, wäre mit den Vereinen abzuklären.

Ausschussmitglied Herr Dr. Ferié bitte die CDU um Rücknahme des Antrags. Die Regelungen des letzten Jahres könnten weiterbestehen.

Folgende geänderte Beschlussempfehlung wird einstimmig gefasst:

Die Stadtverwaltung erstellt zusammen mit Vertretern der Sportvereine kurzfristig ein Konzept zur bedarfsgerechten Freigabe von städtischen Sporthallen, Rasenplätze und Kunstrasenplätze in den Sommerferien 2021 zu Trainingszwecken für die Turn- und Sportvereine.

14. Beantwortung von Anfragen

Die Beantwortung von Anfragen erfolgt schriftlich.

15. Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Der Vorsitzende schließt die Sitzung und bedankt sich bei den Teilnehmern für die Mitarbeit.

Krüger
Vorsitz

Happe
i. A. Bürgermeisterin

Willebrand Geier
Protokollführung